
Presseinformation Nr. 1224

18. Oktober 2006

OTTO und WAITZ richten Appell an Ministerpräsidenten: Keine Internet-GEZ!

BERLIN. Anlässlich der bevorstehenden Entscheidung über die Rundfunkgebühren für Internetcomputer auf der ab heute tagenden Ministerpräsidentenkonferenz erklären die Medienpolitiker der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO und Christoph WAITZ:

Wir fordern die Ministerpräsidenten auf, endlich Vernunft walten zu lassen und das Moratorium der Rundfunkgebühr für neuartige Rundfunkempfangsgeräte um weitere zwei Jahre zu verlängern.

Die Ankündigung statt der beabsichtigten 17,03 Euro lediglich 5,52 Euro verlangen zu wollen, ist das Eingeständnis, daß die Rundfunkgebühren für Internet-Computer nicht gerechtfertigt sind. Warum besitzen die Ministerpräsidenten nicht den Mut und die Durchsetzungskraft, die erkennbar falsche Entscheidung komplett zu revidieren anstatt einen halbherzigen Rettungsversuch zu unternehmen?

Wir haben die Ministerpräsidenten in einem Brief aufgefordert, jetzt den Einstieg in einen grundlegenden Systemwandel bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu beginnen. Daß dieser Systemwechsel und eine Abkehr von der gerätebezogenen Erhebung der Rundfunkgebühren aufgrund der technischen Entwicklung unabwendbar sind, haben die Ministerpräsidenten – dies belegen zahlreiche Äußerungen – längst verstanden.

Weil wir dieses Thema, nicht zuletzt wegen der erheblichen Auswirkungen auf Millionen von Unternehmen, Gewerbetreibenden und Handwerkern, für von besonderer Bedeutung halten, haben wir auch einen Antrag mit klaren Forderungen an die Ministerpräsidenten in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de